

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923**

30.11.1923 (No. 330)

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigenberechnung nach Grund- und Schlüsselziffer: Grundziffer für die Anzeigenziffernreihe oder deren Raum 200, auswärts 240. Familienangehörige und Einzelne 100, Reklamenseite 200, an erster Stelle 650. Schlüsselzahl 1 400 000 000. Rabatt nach Tarif. Fernsprechanzeige: Geschäftsstelle Nr. 18, Berlin Nr. 21 und 207. Geschäftsstelle Nr. 20, Geschäftsstellenleiter Nr. 19. Postfachkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlicher: Hermann v. Paet. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Reichsteil: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Joho; für Interate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag: C. S. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jäger, Berlin-Rankow, Mozartstr. 37. Telefon-Zentrum 423. Für unerlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abfassung erfolgt, wenn Porto beigelegt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

120. Jahrg.

Freitag, den 30. November 1923

Nr. 330

## Der fünfte Kanzlerkandidat.

## Das österreichische Sanierungswerk.

Von Dr. Siegel-Wien.

In der Hamburger Monatschrift „Welt des Kaufmanns“ (Gausche'sche Verlagsanstalt H. G.) schreibt der Verfasser einen bemerkenswerten Aufsatz über die Entwicklung des Sanierungswerks in Oesterreich. Obwohl die Voraussetzungen für eine reichsdeutsche Sanierung, namentlich in politischer Hinsicht, sich wesentlich von den österreichischen unterscheiden, enthält der Aufsatz viele auch den reichsdeutschen Finanzpolitiker interessierende Bemerkungen. Mit Genehmigung des Verlaages veröffentlicht wir folgenden Auszug. Die Schriftleitung.

Noch ist kein ganzes Jahr verfloßen, seitdem dem dauernden Sinken der österreichischen Krone ein Halt geboten wurde. Folgende Zahlen schließen den Kern der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des letzten Jahres in sich:

Am 18. August 1922 kosteten  
100 Schweizer Francs 1 428 000 österreich. Kronen  
100 deutsche Mark 6 600 österreich. Kronen

Am 20. Juli 1923 kosteten  
100 Schweizer Francs 1 257 500 österreich. Kronen  
100 deutsche Mark 17 750 „

Der Stand der österreichischen Krone hat sich seit August vorigen Jahres also um 12 Prozent gebessert, der der deutschen Reichsmark seit dem gleichen Tage um 37 000 Prozent verschlechtert. Es war zweifellos eine glückliche Erscheinung am politischen und wirtschaftlichen Himmel Deutschösterreichs, als sich kurz nach der Neubildung der christlichsozialen-großdeutschen Koalitionsregierung Anfang Juni des vorigen Jahres Anlässe zu einer Stabilisierung bemerkbar machten. Wir beobachteten seit dem 12. Juni ein dauerndes Abflauen der fremden Kräfte.

Je 100 Schweizer Francs kosteten 410 875 deutschösterreichische Kronen,  
Je 100 Tschechenkronen kosteten 41 990 deutschösterreichische Kronen,  
Je 100 deutsche Reichsmark kosteten 6 820 deutschösterreichische Kronen.

Das waren die Werte, auf deren Grundlage bereits damals die Stabilisierung schien in Angriff genommen werden zu können. Am 21. Juni 1923 fand in der Bundesfinanzminister Segur den Finanzplan vorlegte und begründete. Steuererhöhung auf der einen Seite, Abbau auf der anderen Seite — war die Lösung des Programms!

Dazu sollte entsprechend dem Finanzplan eine innere Anleihe in der Höhe von 500 Millionen Kronen angelegt werden, durch deren Ertrag vor allem die Notenpreise stillgelegt werden sollte.

Der Finanzplan des Finanzministers Segur fand seine Ergänzung in der Nachricht von der Errichtung einer Notenbank mit heimlichem Kapital. Diese Notenbank mußte ein mögliches Instrument in der Hand des Finanzministers sein, wenn in enger Beschäftigung mit ihr sich ein Finanzplan auswirkte, dessen Erfolg in einer Stilllegung der Notenpreise beruhte.

Schon in den nächsten Wochen entschied sich das Schicksal gegen die Erfolgsmöglichkeiten der auf eigene Kraft gegründeten Sanierungsmassnahmen. Nach einer Dauer der Kroneninstabilität, nach einem kurzen Anhalten der Vegetation für die Regierungslösung, die das Volk als die eigene Kraftquelle anerkannte, bricht die erste stabile Periode in der österreichischen Nachkriegsentwicklung zusammen, und in unaufhaltsamem Sturze bewegt sich die Krone abwärts.

In den neuen Zahlentafeln, ebenso mit Leidenschaft wie verzweifelt, griff Bundesfinanzminister Dr. Seipel mit dem Mittel ein, das im augenblicklichen Zustande wenigstens noch etwas Aussicht auf Rettung bot: er ging auf Notizen. Der Beweis, daß des Volkes eigene Kräfte nicht fähig waren, von sich aus den Wiederaufbau zu leisten, war gegeben. Wenn Hilfe überhaupt vorhanden sein sollte, so mußte sie von Fremden kommen. Dies ist der tragische Inhalt der Kanzlerreise nach Berlin, Prag und Rom.

Durch die Reisen Dr. Seipels war eines erreicht: Im Anlande hatte sich in der Tat die Meinung gefestigt, daß Oesterreich selbst am staatlichen Verbluten sich befand und daß es die beste Absicht hatte, mit Hilfe der fremden Mächte dieses Geschehnis zu vermeiden. Daß es selbst dazu nicht imstande gewesen war, hatte ja der Völkerverbund gesehen. Denn mit dem Beginn dieser Reisen hand Oesterreich im Mittelpunkt der Verhandlung und wurde ausfallend bei der Aufrollung der ganzen durch die Politik der Nachkriegszeit geschaffenen zentral-europäischen Situation.

Was nun folgt, sollte als Kern des gesamten Sanierungsproblems anschlagentend für die deutschösterreichische Zukunftsgestaltung werden. Eines war sicher: Mehr oder weniger mußte der Gedanke an eine deutschösterreichische Autonomie schwinden. Nach dem in Gen ausgearbeiteten Plan, der die österreichischen Staatsfinanzen wieder in einen ordentlichen Zustand über-

**Dr. Marx.**  
3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Die Kanzlerschaft Stegerwalds hat ein laugames, qualvolles Ende gefunden. Die Deutschnationalen tragen die Verantwortung dafür, daß dieser Versuch, dem bürgerlichen nationalen Gedanken endlich einmal entscheidenden Ausdruck in der Reichspolitik zu verleihen, gescheitert ist. Man hoffte in vielen bürgerlichen Kreisen, als gestern mittag die Verhandlungen über die Kandidatur Stegerwalds abgebrochen wurden, daß der Reichspräsident Herr Dr. Stegerwald die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages geben würde. Als die Leidenschaft partypolitischen Experimentierens sich wieder geltend macht, der Zentrumsführer Marx hat nun den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten und angenommen. Man wird ihn wohl oder übel unterfragen müssen, da die Person Dr. Stegerwalds, der das Außenministerium übernehmen will, zum mindesten für eine nationale Außenpolitik bürgt. Es verlannt, daß Herr Dr. Marx hofft, mit wechselnden Mehrheiten regieren zu können, d. h. er ist sich der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten sicher und glaubt, je nach Lage der Dinge entweder mit der Sympathie der Deutschnationalen oder der Toleranz der Sozialdemokraten die jeweilige Mehrheit herzustellen zu können. Mit der Sympathie der Deutschnationalen ist es, soweit uns bekannt ist, nicht weit her. Die Deutschnationalen stehen diesem mittelparteilichen Kabinett Marx ziemlich unfreundlich gegenüber, und die Toleranz der Sozialdemokraten ist an die gleichen Bedingungen geknüpft, denen sich Dr. Stegerwald nicht fügen wollte, als die Sozialdemokraten aus dem Kabinett Stegerwald austraten. Man kann also zu der Zukunft der Regierung Marx nicht allzu viel Vertrauen haben.

Was die Zusammenfassung der Regierung Marx, die ihr Träger möglichst noch am Donnerstag zusammen bringen will, anbetrifft, so scheint es, wie gesagt, feitzustehen, daß Dr. Stegerwald den Posten des Außenministers übernehmen will. Nach den bisherigen Mitteilungen sollen vom letzten Kabinett noch der Reichsarbeitsminister Dr. Gehler, der Reichsarbeitsminister Dr. Braun und der Minister für die besetzten Gebiete Fuchs übernommen werden. Auch der Ernährungsminister Rank wird anscheinend dem neuen Kabinett angehören. Schwieriger gestaltet sich vorläufig noch die Regierung wegen der Uebernahme des Innenministeriums. Es wird nicht leicht sein, einen Kandidaten zu finden, der sich mit der Frage des militärischen Ausnahmezustandes als Innenminister beschäftigen will, denn die Sozialdemokraten stellen bekanntlich an die Spitze der Verhandlungen, unter denen sie eine mittelparteiliche Regierung unterstützen wollen, die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Dr. Marx versucht heute abend, ohne sich mit den Fraktionen als solche in Verbindung zu setzen, mit den Politikern, die er für sein Kabinett geeignet hält, ins reine zu kommen.

### Die voraussichtliche Ministerliste.

5. Berlin, 29. Nov. (Eig. Drahtber.) In später Abendstunde wird bekannt, daß die voraussichtliche Ministerliste der Regierung Marx die folgende sein wird: Vizekanzler und Innenminister Dr. Jares, Außenminister Dr. Stegerwald, Finanzminister Dr. Lutzer, Reichswehrminister voraussichtlich Dr. Gehler, Post und Eisenbahn behalten die alte Besetzung, ebenso das Ministerium für die besetzten Gebiete. Das Justizministerium wird dem Abgeordneten Emminger von der Bayerischen Volkspartei angeboten werden. Die Besetzung des Reichsernährungsministeriums durch den Grafen Rank ist noch nicht ganz sicher. Im Reichstag wird auch der Deutschnationalen Schiele genannt.

### Das Ende der Bemühungen Stegerwalds.

Berlin, 29. Nov. (Drahtber.) Die Bemühungen der Deutschnationalen, in Preußen die Bildung eines Bürgerbunds herbeizuführen, sind gescheitert. Nachdem bereits gestern die Demokraten sich für die Beibehaltung der großen Koalition in Preußen ausgesprochen hatten, hat heute die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts scheiterten, erkennt die preussische Landtagsfraktion des Zentrums die Notwendigkeit, eine Reichsregierung unter Einwirkung der Deutschnationalen zu bilden, als richtig an. Sie hält deshalb aber den Grund nicht für gegeben, in der preussischen Regierung jetzt eine Aenderung eintreten zu lassen. Die

Entwicklung der Verhältnisse im Reich ist abzuwarten.“

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Damit ist die Vorbedingung der Deutschnationalen für eine Beteiligung an der Reichsregierung abgelehnt. Stegerwald hat daher auf die Bildung des Reichskabinetts verzichtet.

### Vorwürfe der Deutschnationalen gegen den Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Nov. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat den Blättern zufolge an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem sie ihn vorwirft, daß er gemäß parlamentarischem Brauch nicht erst versucht habe, die Führer der Oppositionsparteien mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen. Im deutschen Volke mache sich unkenntbar eine Bewegung nach rechts bemerkbar, und dieser müsse Rechnung getragen werden. Infolgedessen müsse der Reichstag aufgelöst werden, der kein Spiegelbild der wahren Parteiverhältnisse im Reich mehr sei. Für diesen Fall stellen sich die Deutschnationalen für die Regierungsbildung zur Verfügung.

### Dr. Lutzer lehnt die weitere Verantwortung ab.

Berlin, 29. Nov. In einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben bittet der Reichsfinanzminister Dr. Lutzer unter Hinweis auf die bereits seit langem freitragende Regierungskrisis und auf die daraus folgende schwere Schädigung des finanziellen Weiterlebens des Reiches, ihn von der Weiterführung der Geschäfte zu entbinden, da er seine Verantwortung an dem durch das Fehlen einer verantwortlichen Regierung entstandenen Unheil vor dem deutschen Volke nicht mehr tragen könne.

### Berliner Sehnsucht nach ausländischer Finanzkontrolle?

Paris, 29. Nov. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ meldet, seit einigen Tagen spreche man in deutschen demokratischen Kreisen davon, man wolle sich an die Entente oder an den Völkerverbund wenden, um eine Finanzkontrolle nach der Art, wie sie in Oesterreich aufgesetzt ist, zu verlangen, damit Deutschland eine auswärtige Anleihe erlangen könnte. Der Berichterstatter sagt, dieser Meinungsumschwung habe sich infolge eines gewissen Dranges diplomatischer Agenten Englands vollzogen; er sei aber auch der Ausdruck der außerordentlich prekären Lage in Deutschland.

### „Deutsche Nothilfe.“

#### Ein Aufruf der Reichsregierung.

W. Berlin, 29. Nov. (Eig. Drahtber.) „Eine deutsche Nothilfe“ ist ein vom Reichspräsidenten, der Reichsregierung und den Regierungen der deutschen Länder unterzeichneter Aufruf, der lautet:

Schwerste wirtschaftliche Not lastet auf dem deutschen Volke, und ins Ungeheuerliche steigt das Elend. Kinder und Greise hungern, Millionen schaffensfreudiger Männer und Frauen sind durch den Druck, der auf den besetzten Gebieten am Rhein lastet, aus Arbeit und Verdienst vertrieben. Not und Elend sind so groß, der Darbenden so viel, daß die Kräfte des Staates allein nicht ausreichen. In aufopfernder Notgemeinschaft muß daher das deutsche Volk die zusammenbringende Hilfe von Reich und Ländern stützen und das drohende Unheil abwenden. An alle Deutsche ergeht daher der Ruf: Helft mit Geld und Gut, gebent der Deutschen, die hungern in Hunger und Entbehrung, gebent insbesondere der ungeheuren Leiden, die eure Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr seit vielen Monaten erdulden, gebent des Verzweiflungskampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zusammengehörigkeit zum Reiche führen. Teilt, was ihr irgend einbringen könnt, mit euren darbenenden Volksgenossen!

Aber nicht nur an Deutsche ergeht der Ruf, sondern an alle, die mitfühlen können mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten deutschen Volkes. Im Kampf gegen die Hungernot ist es fest zu bestehen, daß das deutsche Volk zu einer großen Notgemeinschaft zusammen. Sämtliche gleichgerichteten Hilfsaktionen und Sammelorganisationen wirken in ihrem Sinne. „Deutsche Nothilfe“ soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf! Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62. Spenden nehmen alle Banken, Sparkassen und die Staatsanwaltschaft entgegen. Die Durchführung der Sammlung der „Deutschen Nothilfe“ ist von bestehenden Organen des „Deutschen Volksofers“ übernommen worden. Es wird also keine neue Organisation geschaffen. Eine bedeutende Anzahl von großen Verbänden hat sich bereits in den Dienst der Deutschen Nothilfe gestellt.

### Ziffern des Glends.

Berlin, 29. Nov. (Drahtber.) Im unbefestigten deutschen Gebiete hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1923 1 250 000, gegenüber 943 000 am 1. November betragen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug am 15. November 1 778 000, gegenüber 1 703 000 am 1. November. Die Zahl der Arbeitslosen im besetzten Gebiet wird unverändert mit 2 Millionen gemeldet.

### Die Abkommen der chemischen Fabriken mit den Franzosen.

Das unbefestigte Gebiet dem Ausland gleichgestellt.

Mannheim, 29. Nov. (Drahtber.) Zu dem zwischen der interalliierten Kommission der rheinischen Gebiete und der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossenen Abkommen teilt die Fabrikleitung folgendes mit:

Zwischen der interalliierten Kommission der rheinischen Gebiete und der Interessengemeinschaft der deutschen Farbenfabriken im besetzten Gebiete ist am 10. November 1923 mit Witten der deutschen Regierung ein vorläufiges Abkommen auf die Dauer von drei Monaten geschlossen worden. Den Anlaß zu diesem Abkommen gab die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie finanziell außerstande sei, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, die ihr nach dem Vertrag von Versailles und gemäß den zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung später getroffenen Vereinbarungen obliegen. Auf Grund des getroffenen Abkommens übernimmt sie die Interessengemeinschaft, die Reparationslieferungen, die nach dem Vertrag von Versailles und den Vereinbarungen zur Erfüllung des Vertrages an die in Betracht kommenden interalliierten Mächte zu leisten sind, zu erfüllen, ohne eine Bezahlung dafür zu erheben. Die Verteilung der danach gelieferten Produkte sowohl nach Qualität als auch nach Herkunft aus den verschiedenen Produktionsstätten unter die verschiedenen beteiligten Mächte ist in einer besonderen Vereinbarung geregelt. Die Interessengemeinschaft ist verpflichtet, den Anordnungen der interalliierten Kommission nicht entgegenzuhandeln und in lokaler Weise mit der interalliierten Kommission zusammenzuarbeiten, um die Aufgaben durchzuführen, die der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten mit sich bringt.

Die von den interalliierten Mächten in den Fabriken der Interessengemeinschaft beschlagnahmten Produkte bleiben in dem Besitz der Alliierten, ohne daß eine Bezahlung erfolgt. Der Wert wird aber teilweise auf die Kohlensteuer in Anrechnung gebracht, die von den der Interessengemeinschaft angehörenden Bechen geschuldet wird. Weitere Beschlagnahmen von Rohstoffen und Produkten sollen nicht stattfinden. Die Ein- und Ausfuhr unterliegt der Bewilligung durch die alliierten Behörden, gleichviel, ob es sich um das Ausland oder das unbefestigte Gebiet handelt. Die interalliierte Kommission hat jedoch die Erstellung von Ausfuhrbewilligungen für die von der Interessengemeinschaft hergestellten Erzeugnisse in Aussicht gestellt. Der Export in das Ausland und in das unbefestigte Deutschland ist für die Dauer des Abkommens in gewissem Umfang kontingentiert. Für die Ausfuhr ist ein Ausfuhrabehalt vereinbart worden, der im allgemeinen niedriger ist als der interalliierte Tarif für Röhle. Die interalliierte Kommission hat zugestimmt, die Wiederaufnahme der für den Betrieb notwendigen Mitarbeiter des Personals in wohlwollendem Sinne zu prüfen.

Zwischen der interalliierten Kommission der rheinischen Gebiete und der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist am 24. November 1923 ein vorläufiges Abkommen getroffen worden, welches die Abklärung von Düngrichtstoffen zum Gegenstand hat. Das Abkommen beruht auf dem Absatz 2 zum § 19 Anhang 2 des Teiles 8 des Vertrages von Versailles und ist auf die Dauer von drei Monaten geschlossen worden. Es wurde verlangt durch die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie finanziell außerstande sei, die von den Alliierten geforderten Reparationsleistungen zu erfüllen. Das Abkommen sieht im wesentlichen eine bestimmte prozentuale monatliche Abgabe der Produktion an Düngrichtstoff vor und sichert daneben die Unterstümmung der Alliierten für die Wiederbetriebnahme und Aufrechterhaltung des Betriebes in Oppau an. Die beschlagnahmten Stickstoffdüngemittel bleiben im Besitz der Alliierten, ohne bezahlt zu werden. Es ist jedoch in Aussicht genommen, sie der deutschen Regierung auf Reparationskonto gut zu schreiben.

Mahren sollte, war ein Ausgleich des Defizits innerhalb zwei Jahren vorgesehen. Nach dem Vorentwurf wurden die Ausgaben für das nächste Jahr mit 627,8 Millionen Goldfronen und die Einnahmen mit 205,8 Millionen Goldfronen eingestuft. Die Ersparnisse sollten auf Grund einer weitgehenden Steuerpolitik und eines starken Beamtenabbaus, eines Abbaus von Dienststellen, Verwaltungsbehörden und anderem mehr erreicht werden.

Der Schlüsselfein und die eigentliche materielle Grundlage des gesamten Sanierungswerkes in Deutschösterreich aber bildet die große Völkerbundanleihe, deren außerordentlich günstiges Endergebnis Ende Juni dieses Jahres zur Verhandlung gelangte. Österreich hatte am 4. Oktober 1922 die Genfer Protokolle unterzeichnet und hierdurch die Anerkennung der im Sanierungsprogramm niedergelegten Postulate ausgesprochen. England, Frankreich, Italien, Tschechien und Österreich waren an der Unterzeichnung dieses Abkommens beteiligt. Dagegen verpflichtete sich der Völkerbund, eine erste Anleihe von 650 Millionen Goldfronen zu garantieren. Diese österreichischen Staatsobligationen sollten frei von allen Steuern, Abgaben oder sonstigen Lasten dem österreichischen Staat zur Verfügung stehen. Von diesen 650 Millionen waren nur die von einzelnen Garantem geleisteten Vorschüsse im Gesamtbetrag von 130 Millionen Goldfronen in Abzug zu bringen. So steht die neue Völkerbundanleihe in enger Verbindung mit der im Winter aufgelegten Goldanleihe und wird zu ihrer besonders dadurch in nahe Beziehung gesetzt, daß man mit der Umwandlung der Papiere der Goldanleihe in solche der Völkerbundanleihe rechnet und allen daran interessierten Kreisen Begünstigungen gewährt.

In außerordentlich kurzer Zeit erfolgte die Zeichnung auf die einzelnen Länderanteile, die fast allenfalls vielfache Ueberzeichnungen ergaben. Diese Tatsache beweist am besten, daß die Aufbauperiode des Sommers 1923 wesentlich verschieden ist von der des Herbstes des vorigen Jahres. Wir können behaupten, daß die bisherige Politik des Gnadenbrotens einer tatsächlichen Würdigung der österreichischen Wirtschaftsverhältnisse gewichen ist, und daß die wichtigsten an der Zeichnung der Anleihe beteiligten Staaten sich durch moralisch verpflichtende Gesichtspunkte haben leiten lassen. Vielmehr war diese letzte Zeichnung eine rein kaufmännische Aktion, die um je mehr Anklang fand, als auch für die maßgebende Dedung nach jeder erdenklichen Richtung gefordert war. So bedeutet der Erfolg der großen Völkerbundanleihe eine Anerkennung der bisher von Deutschösterreich geleisteten Wiederaufbauarbeit.

Zweifellos ist die anhaltende Stabilisierung zum weitestgehenden Teil auf die Völkerbundanleihe zurückzuführen. Wir dürfen unter Stabilisierung freilich nicht nur die valutarische betrachten, wenn auch diese den besten Wertmaßstab für jeden Beobachter, der außerhalb der österreichischen Welt steht, abgeben muß. Wesentlich sind auch die Sanierungsfortschritte auf außerfinanziellen Gebieten. Die Bundesbahnen werden in das Sanierungsprogramm eingewandt. Wie überhaupt die Entlastung der bisher vom Staat geleisteten Betriebe ein wesentliches Merkmal der österreichischen Wiederaufbaupolitik ist, und die Erfolge auf diesem Gebiete nicht nur innerhalb der Grenzen Deutschösterreichs einen Widerhall finden werden und danach die praktische Auswertung als wertvoll erkannter Richtlinien in dieser Richtung einzusetzen hat, so wird auch dieses Problem der Entlastung für die Gesamtheit der modernen Staaten von grundsätzlicher Bedeutung sein. So denkt sich die Regierungsvorlage die Reorganisation der Verhältnisse derart, daß die Bahnen einem Unternehmen in treuhändige Verwaltung übergeben werden. Das Eigentum der Bahn verbleibt beim Bund. Das Institut erhält zwei Organe: ein verwaltendes und ein kontrollierendes. Das verwaltende ist die Generaldirektion, die das Unternehmen nach außen hin vertritt und seine gesamten Geschäfte leitet.

### Gegenwart und Zukunft unseres Landestheaters.

Das Thema über Gegenwart und Zukunft des badischen Landestheaters in Karlsruhe hat in der letzten Zeit zahlreiche Federn in Bewegung gesetzt. Wenn man ursprünglich als für die Kunst in jeder Form warm interessierter Zuschauer den verschiedenen Ausführungen mit ebensolchem Interesse zu folgen suchte, weil man aus einer sachlichen Behandlung des Themas allgemein Nützliches erhalten und verwerten zu können hoffte, so mußte man leider sehr bald erkennen, daß auch hier wieder das Persönliche in den Vordergrund geschoben und dadurch der ganzen Behandlung ein Ausklang gegeben wurde, den man in allen ernsthaft interessierten Kreisen nur lebhaft bedauern kann. Im Sinne der Sache sowohl, als auch in dem aller direkt und mittelbar beteiligten Personen. Ein Ausklang! Oder ist es nur eine Atempause, die über kurz oder lang durch die Fortsetzung der Zweitsprache abgelöst werden soll? Gleichviel. Gerade wir kennen ja von früher her das Thema „Karlsruher Kunst und Kunstkritik“ und haben uns deshalb bisher geflüchtet aus der Arena ferngehalten, weil wir uns aus einem Eingreifen in die Debatte, wie es von anderer Seite geschah, auch keine befriedigende Lösung versprochen. Wenn wir heute zu den ganzen Fragen Stellung nehmen, so betonen wir gleichzeitig, daß wir das Persönliche völlig ausschalten möchten. Es handelt sich für uns auch hier lediglich darum, der Sache, hier also der Kunst zu dienen, die der Stadt Karlsruhe, und über diese in das Land hinausstrahlend, seit Jahrzehnten einen eigenen Stempel aufgedrückt und einen besonderen Auf verdrückt hat. Man hat sich bei zahlreichen Besprechungen, gerade hinsichtlich des badischen Landestheaters, auf die großen Traditionen berufen, die es zu wahren Säulen und Namen wie Devrient und Wolff haben den Unterton, auf denen alle diese Besprechungen und Erklärungen geknüpft waren. Es hat indes den Anschein, als ob es in der Karlsruher Kunst ähnlich sein sollte wie in der

Sozialpolitik ist die Sanierung von maßgebendem Einfluß geworden. Nach den jüngsten Berichten der Arbeitslosenämter und industriellen Bezirkskommissionen hat die Arbeitslosigkeit auch in den letzten Wochen weiterhin abgenommen. Die Ziffernentwicklung der Arbeitslosigkeit für das gesamte Österreich zeigt folgendes Bild: Januar 1923 161 225, Februar 167 415, März 152 828, April 132 000, Mai 109 002 Arbeitslose. Seit Ende Mai ist die Zahl der unterhaltungsberechtigten Personen weiter gesunken.

Mit den budgetären Ergebnissen seiner staatlichen Wirtschaftsführung kann Deutschösterreich zufrieden sein. Die Defizitverminderung hat planmäßig eingeleitet und ihre Früchte gezeitigt. Mit dem Monat Juli legt die zweite Etappe des finanziellen Wiederaufbaues ein. Das Monatsdefizit, das im Oktober 1922 ungefähr 38 Millionen Goldfronen betrug, ist planmäßig im ersten Halbjahre 1923 auf 23,5 Millionen Goldfronen herabgesetzt worden. Im zweiten Halbjahre 1923 soll es auf 13 Millionen Goldfronen vermindert werden.

Die Stabilität der Verhältnisse im Sommer des vorigen Jahres brachte es mit sich, daß die Regierung Mittel und Wege suchte, um Lohn und Gehalt in ein engeres Wechselverhältnis zur Steigerung der Preise zu setzen. So schuf sie den Index. Nach den Erfahrungen in Deutschösterreich hatten dieser Einrichtung neben ihren Vorteilen aber sehr wesentliche Mängel an. Heute stehen deshalb maßgebende Kreise der Regierung, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite auf dem Standpunkt einer bedingten Aufhebung des Index.

So stehen die Dinge heute in Deutschösterreich. Seit Ende des letzten Jahres ist die Stabilisierung eingetreten und hat vorgehalten. Die Gesamtheit der angezeigten Einzelheiten hat diese Lage geschaffen. Zweifellos ist der Hauptfaktor im Unterschied zwischen Reich und Österreich heute darin zu erblicken, daß Österreich völlig reparationslos davon gekommen ist, daß es weiterhin Herr seiner Wirtschaftssubstanz geblieben ist und die Mächte des Völkerbundes sich in der Frage der österreichischen Sanierung von rein wirtschaftlichen Richtlinien und Erkenntnissen leiten lassen. Im Deutschen Reich dagegen wurde auch nach dem Kriege wie heute der immer noch mächtige politische Gegner gesehen, dessen Unterstützung, mochte sie auch nur wirtschaftlich sein, den unterstützenden Mächten Bisse ins eigene Fleisch einbringen konnten.

### Nur eine Stunde!

Ohne den Schutz der Franzosen wären die Pfälzer Separatisten in einer Stunde erledigt.

1. Speyer, 29. Nov. Die hiesige Arbeiterkassette hat dem französischen General de Mes offiziell den Antrag gestellt, er möge seine Truppen nur eine Stunde von der Straße zurückziehen, damit die Bevölkerung in den Separatistengebieten fertig werden könnte. General de Mes hat die Befehle erteilt und der Schutz der Bevölkerung gegen die Separatisten und ihre Hintermänner kennen unter solchen Umständen keine Grenzen mehr.

2. Worms, 29. Nov. Worms ist heute vormittag von den Separatisten besetzt worden. Die Separatisten sind mit Muffel in die Stadt eingedrungen und wurden von dem separatistischen Staatskommissar feierlich empfangen. Die öffentlichen Gebäude befinden sich in ihrer Hand.

3. Bad Dürkheim, 29. Nov. Regierungsrat Baumann vom hiesigen Bezirksamt, der seit einiger Zeit als stellvertretender Amtsvorsteher in Vandau weilt, ist von den Sonderbündlern verhaftet worden. Gestern vormittag 9 Uhr kamen die Sonderbündler mit der Bahn, mit Waffen und Fahnen versehen, nach Frankenthal. In Dudenbach bei Lauterbach kam es zwischen Separatisten und der Bevölkerung zu schweren blutigen Auseinandersetzungen. Wie verlautet, gab es dabei zwei Tote und auf beiden Seiten mehrere Verwundete. Eine größere Anzahl Einwohner ist verhaftet worden. — Landgerichtspräsident

deutschen Politik, indem man die vornehmste Pflege dieser Kunst- und Künstlertraditionen nicht auf Wahrheit und rein künstlerischem Gebiete zu suchen beabsichtigt, sondern in der Betätigung gewisser Zweifelsigkeiten und Schirmtätigkeiten immer neuer Knoten, sowie durch eine stark auf persönliche Momente gestimmte Sprache. Nur so konnte man sich bereits bei Einleitung und Durchführung der Arbeiten der „Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923“ alle jene Bewegungen erklären, die damals einsetzten und denen wir uns aus den gleichen Gründen fernhalten. Nur so drängt sich einem aber auch jetzt hier die gleiche Ueberzeugung auf, wo es sich um lebenswichtige Interessen des badischen Landestheaters handelt, um den Ruf und die Berufshöhe des gesamten Künstlerpersonals und seiner Leiter, um jener aller Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit, die doch in jedem Stande die unantastbaren und für ein Gelingen wichtigsten Vorbedingungen sind. Das trifft, wenn schon bei anderen, bei dem Künstler in besonders hohem Maße zu, wo Sachlichkeit in der Bewertung seiner christlichen Arbeit die Stimmung und damit jenes Kultus schafft, das in jedem Ueberwunden die Verwurmsungspunkte abt und jene Gesamtstimmung auslöst, nach der der Künstler getat, im Interesse seines Wirkens und Erfolges stehen muß.

Die Kernpunkte, um die sich die Ausführungen, soweit sie sich bisher vor der Öffentlichkeit abspielten, drehten, betrafen die Frage, ob das Landestheater, das wie alle öffentlichen Einrichtungen unter den Einwirkungen der Zeit steht, erhalten, ob es in seiner jetzigen Form erhalten bleiben soll. Zum anderen hat man sich mit einzelnen Persönlichkeiten beschäftigt und dabei auch wiederholt einen Ton und eine Form gewählt, für die man im Hinblick auf den Ernst, den das Thema verlangt, in weiten Kreisen unserer Referenz — das können wir verächtlich — nur ein Gefühl des Bedauerns und der Beschämung aufbringen konnte. Dadurch wurden aus den Klägern die Angeklagten und Beklagten, dadurch wurden aus den Angeklagten die lächelnden Dritten. Es wäre

Mellaris in Kaiserslautern wurde am letzten Freitag von den Separatisten verhaftet und nach Speyer verbracht.

### Die Verbessereitigung in Koblenz.

Köln, 29. Nov. Wie die „Köln. Volksztg.“ aus gutunterrichteten Kreisen erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich eine Diktatur eines Viktor Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Paris, 29. Nov. Nach einer Davosmeldung aus Düsseldorf ist Matthes dort angekommen. Die rheinischen Truppen seien Herr des Schlosses in Koblenz, in dem die provisorische Regierung untergebracht war.

### 125 000 Billionen weggenommen.

Berlin, 29. Nov. Am 23. November sind von den Franzosen auf der Reichsbankstelle Düsseldorf 65 000 Billionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen worden. Am 24. November hat die belgische Besatzungsbehörde auf der Reichsbankstelle 60 000 Billionen Mark requirieren lassen.

### Aus dem Offenburger Gebiet.

1. Kehl, 29. Nov. Ueber die Angelegenheit der Kontributionsgelder, die von den Franzosen von den Städten Kehl und Offenburg verlangt werden, erzählt die „Kehler Zeitung“, daß das Reich in Verhandlungen mit der interalliierten Rheinlandkommission die Wiederaufnahme der Markvorschußzahlungen zugelassen hat und finanziell leisten wird, solange es dazu überhaupt imstande ist. Auf der anderen Seite hat sich die französische Besatzungsbehörde grundsätzlich dem einverstanden erklärt, von Beschlagnahmungen und dergl. für die Zukunft abzusehen.

### Belgien für Aenderung der Befragungsmethoden.

Paris, 29. Nov. Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt über die Stellung der belgischen Regierung zur Reparationsfrage, es sei kein Zweifel darüber, daß man in Brüssel auf dem Standpunkt stehe, der passive Widerstand sei zu Ende, und man trete vor der Lage, wie sie sich am 11. Januar bot. Daher sei man der Ansicht, daß es Zeit sei, die Maßnahmen durchzuführen, die schrittweise die Last der Besetzung im Ruhrgebiet erleichtern und dem Unternehmen friedlichen Charakter verleihen. Das Brüsseler Kabinett rät an, die Truppenzahl im Ruhrgebiet dementsprechend herabzusetzen.

## Deutsches Reich

### Die Gehaltsregelung für die Beamten.

Berlin, 29. Nov. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Gehaltsregelung der Beamten führten noch zu keinem endgültigen Ergebnis. Es wurde unter anderem auch die Frage gestreift, ob bei der fortschreitenden Stabilisierung der neuen Währung nicht die Rückkehr zum alten Zahlungsmodus angängig sei. Darüber konnte der bevollmächtigte Regierungsvertreter keine bestimmte Auskunft geben, da diese Angelegenheit erst von dem neuen Kabinett eingehend geprüft werden müsse.

### Der Beamtenabbau.

6. Berlin, 29. Nov. (Ein Drahtber.) Wie die Expresskorrespondenz, der die Verantwortung für diese Nachricht überlassen bleiben muß, erzählt, sind vom Reichsfinanzminister den zuständigen Abteilungen für die Durchführung des Personal- und Beamtenabbaues in den Staatsbetrieben Richtlinien mitgeteilt worden, denen zufolge zunächst möglichst familiären verheirateten weiblichen Beamten gekündigt werden soll. Mit der Entlassung der Angestellten in den öffentlichen Betrieben soll, soweit dies noch nicht geschehen, sofort begonnen werden. Vor allem sollen die Angestellten entlassen werden, die durch vorhandene beamtete Kräfte ersetzt werden können.

### Gegen eine neue Inflation.

Berlin, 29. Nov. (Aus Drahtber.) Die Tageszeitung hat der Gesamtverwaltung des Reichslandbundes einstimmig eine Entschärfung angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird,

daß die Reichsregierung in öffentlicher Kundgebung erkläre, jede Maßnahme, die eine Fortsetzung der Zahlungsmittel- oder sonst irgend wie gearteten Inflation darstellt, nicht nur zu unterlassen, sondern auch zu bekämpfen. Ferner bezeichnet die Entschärfung die Aufhebung sämtlicher Devisenverordnungen als wichtige Voraussetzung für die Gesundung unserer Währung und verlangt vom Reichsfinanzminister, daß er die Währungsreform einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft eilig und rückhaltlos durchführe. Von den Mitgliedern des Reichslandbundes im Verwaltungsrat der Rentenbank wird erwartet, daß sie die Reichsregierung bei der Bekämpfung dieses Weges anregen und unterstützen.

### Der Multiplikator im besetzten Gebiet.

Mainz, 29. Nov. Die vom hiesigen statistischen Amt berechnete Indexziffer für Mainz, der die Preise von 50 wichtigsten Lebensbedürfnissen (Bekleidung ausgenommen) zugrunde liegen, betrug am 27. November 1725 000 000. Der amtliche Multiplikator für Lebensmittel betrug an diesem Tage 1600 Milliarden, für sonstige Gegenstände 2200 Milliarden.

### Die Erziehung des Stuttgarter Polizeiwachmeisters durch die Kommunisten.

1. Stuttgart, 29. Nov. Zu einem schweren Feuergefecht ist es zwischen dem Oberwachmeister Tschirch und zehn Kommunisten, die eine Geheimverammlung abgehalten hatten, gekommen. Die Polizei hatte von dieser Versammlung Kenntnis erhalten und Tschirch mit einem weiteren Beamten nach dem Versammlungsraum geschickt. Der Oberwachmeister suchte die Geheimverammlung mit vorgehaltenem Revolver in Schach zu halten und sandte den anderen Beamten nach der nahen Polizeiwache, um Verstärkung zu holen. Als die Beamten kamen, fanden sie den Oberwachmeister Tschirch bei der Haustür stehend mit durchschossener Brust tot auf. Die Kommunisten waren durch das Feuer entflohen. Der Oberwachmeister hatte sämtliche Munition seines Revolvers verschossen. Bis jetzt sind drei Verhaftungen erfolgt.

## Versehene Drahtmeldungen

### Abschluß von Einzelverträgen mit der Micum.

Köln, 29. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Düsseldorf: Seit vorgestern werden Verhandlungen zwischen dem Mannesmannkonzern und der Micum über den Abschluß eines Vertrages im Rahmen des abgeschlossenen Hauptabkommens geführt. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Kohlenwirtschaft, sondern auf alle dem Konzern angeschlossenen Hütten und Industrien. Inzwischen ist von der Micum die Genehmigung erteilt worden, mit sofortiger Wirkung täglich 2500 bis 3000 Tonnen Kohlen, also etwa 3 Züge nach Holland abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Ueberladung bedeutet, daß etwa acht Schichtplanen wieder in Gang gebracht werden können.

Paris, 29. Nov. Nach einer Davosmeldung aus Koblenz sind im Rahmen des allgemeinen Abkommens vom 24. November Sonderabmachungen mit folgenden Firmen getroffen worden: Thyssen, Gute Hoffnungshütte, Mannesmann, Eisenerzwerke, Konstantin der Große, Harpener und Heinrich Ueber-Ruhr. Die Verhandlungen mit den Braunkohlenindustriellen werden fortgesetzt. Hinsichtlich der Reparationsleistungen und der Kohlensteuer ist mit den Syndikaten eine Verständigung erzielt worden.

### Die Aenderung der Arbeitszeit.

Köln, 29. Nov. (Drahtber.) Der „Kölnischen Volksztg.“ wird aus dem Ruhrgebiet gemeldet: Auf den Lohnwerten stellen sich die Wiederaufnahme der Arbeit für welche der Inflation die Wiedereinführung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit zur Bedingung macht. Schwierigkeiten kaum entgegen. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt trotz der gegen die verlängerte Arbeitszeit gerichteten Agitation ständig zu. Auch auf der Auwärtshüttenhütte wird die achttündige Arbeitszeit verlangt.

hier deshalb allen Ernstes die Frage aufzuwerfen, ob denn eine solche Art der Behandlung des Themas nötig, ob sie dem Ganzen dienlich war.

Die Stellung des „Karlsruher Tagblattes“ zu unserem Landestheater ist unter Lesern bekannt. Bekannt aus unseren fortlaufenden Theaterbesprechungen in Zustimmung und Ablehnung, bei denen wir stets Wert darauf legen, durch Schmelzarbeit der Berichtstattung auch jeweils die Selbständigkeit unseres Urteils und unserer Feder nach Möglichkeit zu betonen. Wer diese Theaterkritiken und sonstigen Besprechungen nicht regelmäßig verfolgt hat, der nehme sie nachträglich zur Hand und lasse sich in bildlich-graphischer Darstellung die Linie zu ziehen, die sich aus diesen Würdigungen ergibt. Er wird dann erkennen, ob sich diese Linie auf- oder abwärts im Sinne der künstlerischen Leistungen des Theaters bewegt, er wird erkennen, daß Dier und Schauspieler, abgesehen von dem unvermeidlich im Einzelnen herauszuhelfenden Bescheidungen, nach unserer Ansicht sich auf einer beachtlichen Höhe erhalten haben, und daß diese Linie keineswegs in einem vorzunehmenden Abbau endet. Das „Karlsruher Tagblatt“ hat sich bei seinen Besprechungen des weiteren neben der anerkannten Sachlichkeit im Urteil befleißigt, unter verändemissvoller Würdigung der Schwierigkeiten, mit denen auch unsere Kunststätten jeder Art heute zu kämpfen haben, die Kritik zu üben, die nicht nur Anregungen gibt und Abstellung nach unserer Ansicht vorhandener Mängel zur Erwägung stellt, sondern auch belebend und befruchtend an allen Stellen die nötige Schaffensfreude erhält. Wir konnten deshalb auch in dem Presseaufsatz, der sich mit der Gegenwart und Zukunft des Landestheaters beschäftigte, keine sehr allfällige Eröffnung der neuen Spielzeit sehen.

Als einer der Hauptgründe, weshalb man eine Veränderung in dem Bestande des Theaters wünschte — man sprach von einem direkten Abbau — von einem eventuellen Neuaufbau der Oper — wurden die finanziellen Schwierigkeiten genannt. Zugegeben, daß diese bestehen, so bleibt die Frage offen, ob diese derart sind, daß man

eine Stadt wie Karlsruhe, die, auf vorgehobenen Vollen der Grenzmark lebend, als das traditionelle Kulturzentrum des Landes heute ganz besonders wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, um diese vornehmste Volksbildungsmittel bringen will, oder ob die Weisheit und der Wille, die Tatkraft der zunächst maßgebenden Stellen, getragen von der Zuversicht eines trotz allem kunst- und theaterfreudigen Publikums zu Karlsruhe, ob das Verantwortlichkeitsgefühl jener führenden Männer nicht nur für das Heute, sondern auch für das Morgen zu hervortritt, daß beide Teile, Volk und Regierung, Bürgerrecht und Stadtväter, auch diesen von unseren Vätern übernommenen Kulturbestand in eine bessere Zeit hinüberzureiten vermögen. Denken wir doch immer daran, daß auch unsere Vorfahren schwere Zeiten durchlebten, daß wir aber alle, hätten sie in solchen Geschichtsperioden verzagend und zweifelnd um Sein oder Nichtsein wertvollsten Kulturgutes gekümmert, wohl heute nicht unser Haupt auf ein auch in dieser Beziehung immer noch so weit abgetretetes Lager legen könnten. Was die verantwortlichen und für die Erhaltung des Landestheaters — soweit das finanzielle Fundament in Frage kommt, maßgebenden Stellen anbelangt, und das ist das Eigenartige, daß man diese bei den Besprechungen so ganz außer acht zu lassen hätte — so haben wir in den eingehenden Rückfragen und wiederholten Sitzungen unbedingt den Eindruck gewonnen, daß man sich dort der hohen Verantwortung bewußt ist, und daß man demnach fest entschlossen ist, alles daran zu setzen, das Theater in seiner letzten Gestalt zu erhalten. Wenn ein solcher Wille von der jetzigen Generation vielleicht kaum voll und ganz gewürdigt, nie aber in seinem berechtigten Umlaufe genaugen dankbar anerkannt wird, so werden das kommende Geschlechter nachholen. Aus der Gemühtlichkeit dessen möge die heute so schwer kämpfenden Kraft und Zuversicht zum Durchhalten schöpfen.

Etwas anderes ist es um das Theaterpublikum, um die Bevölkerung auch im weiteren Sinne. Da kann das Bedauern darüber nicht unterdrückt werden, daß die Diktatur





Aus Baden

Der Doppelmord in Saig.

Freiburg, 29. Nov. Von der Staatsanwaltschaft wird mitgeteilt: Wie bekannt, wurden am 23. November die Leichen des Kaisers Wilhelm Köpfer und seiner Ehefrau in Saig und ihres Hundes in einem kleinen Brandweiser unweit des Hauses gefunden. Sie waren mit Wein und Grund etwa 50-70 Zentimeter hoch zugegeben, so daß das wenige zufführende Wasser nach dem anderen nicht verflüchtete Teil des Weibers abgedrängt war. Die Leichen waren völlig angezogen, die Köpfe mit Säcken umwickelt. Der Chemann Köpfer ist durch einen aus unmittelbarer Nähe abgegebenen Schuß in den Rücken sofort getötet worden. Beide haben noch je einen Fangschuß, ersterer von vorn in die Brust, letzterer in den Rücken oberhalb des Gefäßes erhalten. Schußlöcher, Geschosshülsen und Blutspuren beweisen, daß die ungeheure Tat im Hause verübt wurde. Der Doppelmord muß in der Zeit zwischen Freitag den 2. November, spät Abends und Sonntag, 4. November, früh morgens geschehen sein, denn der Schnitzer Karl Friedrich Hundertpfund, der Mörder, ist von seiner bisherigen Wohnung im Steig bei Hinterzarten erst nach Eintritt der Dunkelheit weggegangen, und am Sonntag kam die Braut des Hundertpfund und deren Freundin schon vormittags 8 Uhr im Hause Köpfer zu Besuch und haben nichts mehr gemerkt. Hundertpfund wollte in dem Hause des Köpfer eine Goldschmiederei anfangen und seine Braut dann heiraten. Dieser und allen anderen hat er erzählt, er habe von Köpfer eine Wohnung gemietet. Später das ganze Anwesen gepachtet. Köpfer sei mit seiner Frau, dem Hund und dem Nötigsten nach Endingen am Kaiserstuhl, wo er Wohnung und Verwandte habe. Wertwürdigerweise hat die Ortsbehörde ihm das geglaubt, selbst als Tage und Wochen verstrichen waren, ohne daß Köpfer etwas von sich hören ließ. Erst als das Amtsgericht durch einen Privatprozeß zufällig von dem Verschwinden der Eheleute Köpfer hörte, wurde die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und der Fall aufgedeckt. Der Täter war aber da schon flüchtig. Hundertpfund hat nach verübtem Mord bis zum 20. November in dem Köpfer'schen Anwesen gesaßt. Am 4. November hatte ihn seine Braut und deren Freundin besucht. Diese kam am 13. November wieder und am 15. November auch die Freundin. Den Mädchen fiel auf, daß alle Schränke und Türen offen standen und daß später Sachen, z. B. Schmuckstücke und eine Bioline, nicht mehr da waren, die sie am 4. November gesehen hatten. Tatsächlich hat Hundertpfund am Montag, den 19. November die Bioline des Köpfer in Freiburg verkauft und einen Mantel, einen Herrenanau und zwei Paar Schuhe feilgeboten. Es fehlte auch eine größere Anzahl Silbermünzen, darunter Maria-Theresia-Taler. S. wird sie zu verkaufen suchen. Am 20. November (Dienstag) ist er angeblich nach Hüfingen abgereist, wo Köpfer sich jetzt aufhalte, um ihm dessen Sonntagsgeld zu bringen. Seitdem ist er verschwunden. Hundertpfund ist 1.64 Meter groß, rundes, volles Gesicht, kleiner schwarzer Schnurrbart lange, schwarze, zurückgebogene Haare, dunkle Augenbrauen, schwarze Augen und lila graue Zähne, abgewanderten braunen Militärrock, schwarze Schuhschuhe, braune Tuchamaschen mit Knöpfen, braunen Stoffhut und im Besitz eines graugrünen Segelrucksacks. Am Tage nach seinem Verschwinden wurde er in der Nähe von einem Gendarmenbeamten kontrolliert und hatte Faviere auf den Namen Erdle oder Erdel aus Ginzburg i. Bayern bei sich. Am 23. 11. ist ein Mann, höchst wahrscheinlich Hundertpfund, in Schönbura (Nahs) in einem Bauernhof eingekerkert. Er versuchte sich dort im bayerischen Dialekt, offenbar will er die bayerische Abstammung des Erdle aus Ginzburg glaubhaft machen, dessen Papiere er hat. Er sagte, er wolle nach Karlsruhe. Früher war Hundertpfund Väter, bis er in Landesgefängnis, wo er eine Weile Gefängnisstrafe verbüßte, die Hofschmiederei lernte. Demals hatte er eine sentenzierte Narbe an der linken Halsseite. Der ermordete Köpfer war ein sehr großer Mann, da er dessen Sonntagsgeld bei sich trug, wird er sie wohl zu verkaufen suchen, weil er sie kaum tragen kann. Die Staatsanwaltschaft bittet um Mithilfe der Bevölkerung, diesen außerordentlich roh verbrochen zu ergreifen. Eine Belohnung ist auf die Ergreifung ausgesetzt. Hundertpfund soll am 23. 11. in Bärth am Rhein (Wola) gewesen sein und die Fluchtstrichung nach Strakburg eingehalten haben.

Aus dem Stadtkreise

Die Auswandererquote für Amerika erschöpft.

Der amerikanische Vizekonsul in Stuttgart teilt uns mit: Infolge der raschen Erschöpfung der Quote für in Deutschland geborene Personen wird das Visum von nun an nur noch solchen Personen gewährt werden, die bereits Vorladungen empfangen haben. Weitere Vorladungen werden nur noch an folgende Einwanderer ausgeben: Ehefrauen, Eltern, Geschwister, Kinder unter 15 Jahren und Verlobte von amerikanischen Bürgern. Bereits ausgegebene Vorladungen können vom Konsul widerrufen werden und garantieren das Visum nicht. Es sollte daher niemand sich endgültig auf die Abreise vorbereiten, ehe er nicht das Visum hat. Ausnahmen werden nicht gemacht. Briefwechsel ist zwecklos. Für Geschäftskreisen wird das Visum nur an Vertreter alter Firmen gewährt; Nachweis ist vorzulegen, daß der Aufenthalt in den Vereinigten Staaten 6 Monate nicht überschreiten wird. Es wird eine Notiz in den Zeitungen erscheinen, wenn Gesuche um das Visum nächstes Jahr gemacht werden können. (Wahrscheinlich im Juni 1924.) Da die Quote für die meisten Länder voll ist, wollen nicht in Deutschland geborene Personen erst anfragen, ehe sie sich zum Konsulat begeben.

Winternothilfe.

Warum stehen die vielen Menschen dort an der Gasse? Warum schreien die vielen aufgereagten Stimmen durcheinander? Da ist einer zusammengebrochen. Ein Mann in den besten Jahren. Er röchelt dumpf; noch einige Atemzüge, und es ist aus. Herzschwäche aus Unterernährung sagt ein Kundiger zu den Perumtenden. Wenn ich doch auch erst so weit wäre, knirscht ingrimmig einer der Zuschauer. Auch einer, dem der Hunger aus den Augen spricht. Darf man es so weit kommen lassen? Nein! Wir sind Volksgenossen, jeder ist Fleisch von unserem Fleisch, Blut von unserem Blut. Wir sind Brudermörder, wenn wir helfen können und tun es nicht. Die Winternothilfe braucht Gaben; organisierte Hilfe erreicht manches, wo die Hilfe des Einzelnen nicht wirksam einsetzen kann. Heute nachmittags um 3 Uhr findet im kleinen Festsaal die Eröffnung des Verkaufs der Winternothilfe statt. Die zum Verkauf gelangenden Sachen kommen aus dem Haushalt von Personen, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Not geraten und um ihren Lebensunterhalt zu fristen zum Verkauf gezwungen sind. Zum Teil sind es auch Sanftmänner, die von bedürftigen Kleinrentnern und sonstigen betagten Leuten zum Zwecke des Lebensunterhalts hergestellt worden sind. Der Verkauf dieser Sachen kann den Bedürftigen nur nützen, wenn sie wertbehaltenes Geld dafür erhalten. An alle Käufer während des großen Verkaufs ergeht daher die dringende Bitte, im Interesse der Bedürftigen nur mit wertbehaltenem Gelde zu zahlen.

Seinen 30. Geburtstag konnte dieser Tage Eisenbahningenieur Adolf Klose, der erste Kommandant der Bahnpolizeiwehr Karlsruhe, in bester Gesundheit feiern, aus welchem Anlaß ihm aus Bekannten und Freunden freudigste Glückwünsche und Gesandtschaften dargebracht wurde. Auch aus sonstigen Kreisen, nicht zuletzt seitens der Freiwilligen Feuerwehr, sind dem stets hilfsbereiten Kommandanten, dem liebwerten Kameraden und Gesellschafter, dessen unermüdeter Humor gerade in letzter Zeit geschätzt ist, zahlreiche Glückwünsche zugegangen. Diesen Gefühlen gab Eisenbahningenieur Friedrich Diesbach an dem Gratulations- und Ehrenabend beredten Ausdruck. Namens des Freiwilligen Feuerwehrkorps Karlsruhe überbrachte dessen Adjutant Karl Schönherz die besten Geburtstagswünsche.

Personalausweise für fremde Staatsangehörige.

Der Minister des Innern hat an die Bezirksämter eine Verfügung erlassen, bei der Erstellung von Personalausweisen an fremde Staatsangehörige künftighin tunlichste Zurückhaltung auszuüben, da sich nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes in der letzten Zeit die Fälle mehren, in denen fremde diplomatische Vertretungen Beschwerde darüber führen, daß ihre Staatsangehörigen mit deutschen Personalausweisen ausgestattet werden. Städtische Ausführungsvorschrift zum Vollzug des Reichsmittelgesetzes. Durch die Bekanntmachung des badischen Arbeitsministers vom 24. Oktober 1923 sind die bisherigen städtischen Ausführungsvorschriften über Inhaberschafts-

loftzuschläge, Verwaltungskosten usw. aufgehoben bzw. geändert worden. (Näheres siehe Anzeige.)

Zur Tilgung staatlicher uvm. Anleihen. Der Hypotheken-Gläubiger-Schutzverband schreibt uns: Aus den Kreisen der Gläubiger von Reich und Land sind uns wiederholt Klagen darüber zugegangen, daß die Tilgung bzw. Auslösung staatlicher Anleihen weiter geht, wie wenn es eine Geldentwertung nicht gäbe. Es werden Anleihen, für die vor dem Kräfte der Betrag von 1000 Goldmark hingegeben worden ist, heute noch zum Betrag von 1000 Papiermark zurückbezahlt bzw. auf dem Konto gutgeschrieben, obwohl dieser Betrag im heutigen Papiergeld gar nicht existiert. Wir müssen fordern, daß für alle diese Papiere die Zinszahlung wie die Auszahlung ausgesetzt wird, bis eine Klärung der Tilgungsfrage und der staatlichen Finanzen eingetreten ist. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Rechtsstaat das Vertrauen, das ihm früher seine Bürger geschenkt haben, in dieser Weise belohnt. Wir fordern alle Inhaber solcher Papiere auf, die Rückzahlung abzulehnen und die Stücke nicht aus der Hand zu geben.

Vom Eisenbahnverkehr. Vom 1. Dezember an fallen bis auf weiteres wegen ungenügender Besetzung die Schnellzüge D 175/176 zwischen Frankfurt (M.) Hbf. und Schwerte aus. (D 175 Frankfurt (M.) Hbf. ab 1.48 nachm., D 176 Frankfurt (M.) Hbf. an 3.00 nachm.) Vom Montag, 3. Dezember an treten auf den meisten Strecken der Reichsbahndirektion Karlsruhe weitere Fahrpläne in Kraft, die durch Änderungen und Änderungen ein, die durch Änderungen auf den Stationen angelegene Bekannmachungen veröffentlicht werden. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.

Vollständige Goldenscheine. An verschiedenen Orten Deutschlands ist neuerdings das Gerücht aufgefaßt, daß die vollständigen 1 und 2 1/2 Goldenscheine mit dem 31. Dezember ds. Jrs. ihre Gültigkeit verlieren. Da diese Goldscheine besonders gerne dazu benutzt werden, um kleine Unterhaltungsbeiträge nach Deutschland zu senden und infolgedessen in erster Linie in Händen der wenig bemittelten Bevölkerungsfreie sind, machen sich gewissenlose Elemente dieses Gerüchts zunutze, um den Besitzern ihre Goldenscheine zu einem unterwertigen Kurse abzugeben. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß sich die Verordnung des niederländischen Finanzministeriums vom 12. November ds. Jrs. lediglich auf die ältere Ausgabe der Silberbons von 1 und 2 1/2 Gulden bezieht, die schon seit dem 31. Dezember 1922 außer Kurs gesetzt sind und deren Gültigkeit mit dem Ende dieses Jahres abläuft. Die Anzahl der in Deutschland befindlichen Exemplare dieser Silberbons dürfte verschwindend gering sein. Die übrigen 1 und 2 1/2 Goldenscheine behalten nach wie vor ihre Gültigkeit.

Doppelverdiener. Es mehren sich die Klagen, daß sogenannte Doppelverdiener, besonders verheiratete Frauen, deren Männer voll beschäftigt sind, in Arbeit treten, während zahlreich erwerbslose Männer und Frauen, die auf Erwerb angewiesen sind, sich vergebens um Arbeit bemühen. Das Reichsarbeitsministerium hat sich an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie an die Reichs- und Landesbehörden mit der Bitte gewandt, zu veranlassen, daß jedenfalls keine sogenannten Doppelverdiener mehr neuzugestellt und auch die bereits beschäftigten Doppelverdiener insoweit entlassen werden, als es die Betriebsverhältnisse gestatten und ungerechtfertigte Härten nicht entstehen. Es ist von der sozialpolitischen Einsicht zu erwarten, daß diese Forderung, die so vertrieben wird, daß einzelne Familien unermesslich hohe Einkünfte erzielen, während andere Not leiden.

Bei den Verhandlungen über die endgültige Regelung der Novembergeschäfte für den Groß- und Kleinhandel kam folgende Vereinbarung zustande: Für den Stichmann im Großhandel (Gruppe A II über 28 Jahre) beträgt das Novembergehalt 118 Goldmark, dazu kommt bei Verheirateten ein Zuschlag von 12 Goldmark und bei allen alleinlebenden Ledigen ein solcher von 9 Goldmark. Das Gehalt des Stichmanns im Kleinhandel beträgt 108 Goldmark, zu dem ebenfalls ein Zuschlag von 10 bzw. 7 Goldmark hinzu tritt. Für die Angehörigen der Industrie kommt ein Zuschlag nicht in Betracht.

Die Wechsels für die Beamtengehälter beträgt mit Wirkung ab 1. Dezember unter Berücksichtigung der ab gleichen Datums einzuführenden Goldbesetzung 100 Milliarden. Der Zahlungstermin ist auf den halben Monat bemessen, also Grundbezüge mal 50 Milliarden. Anteil der werbeständigen Zahlungsmittel 70 Prozent. Der Zahlungstermin ist auf den 30. November festgesetzt. Eine weitere Zahlung für die erste Dezemberhälfte in der Höhe der Hälfte der Zahlung vom 30. November wird voraussichtlich am 11. Dezember erfolgen.

Brotpreise. Wie uns die Bäckerei-Karlsruhe mitteilt, besteht für sie die Möglichkeit, bei Zahlung in wertbehaltenem Geld ihren Mehlbedarf bedeutend billiger einzukaufen als bei Zahlung in Papiermark. Um Hinblick darauf hatte sie sich auch zu der vor einigen Tagen erfolgten Brotpreiserhöhung entschlossen. Um jedoch den Bäckereien die Möglichkeit zu geben, das Mehl mit wertbehaltenem Gelde bezahlen und damit den jetzigen Brotpreis beibehalten zu können, sollte das Publikum wenigstens einen Teil des für das Brot zu zahlenden Betrages in wertbehaltenen Zahlungsmitteln begleichen.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 118 vom 17. Nov. hat folgenden Inhalt: Ausdehnung der Devisengesetzgebung auf Rentenmark, Goldscheine und wertbehaltenes Notgeld. - Änderung der Fernsprechanordnung. - Das Reichsgesetzblatt Nr. 119 vom 23. November hat folgenden Inhalt: Gehaltsklassen in der Angestelltenversicherung und Lohnklassen in der Invalidenversicherung. - Unterstützung von Sozial- und Kleinrentnern für die zweite Novemberhälfte 1923. - Verordnung des Reichspräsidenten über die Abfertigung ausländischer Vermögensgegenstände. - Änderung der Postordnung.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Auf das dritte Sinfoniekonzert des Badischen Landesballettvereins, das kommenden Mittwoch (5. Dezember), abends 7 1/2 Uhr, im Landesballett (nicht Festhalle - wie auf den Plakaten angegeben) stattfindet, muß nachdrücklich hingewiesen werden;

denn nicht nur, daß Frau Hans Fischer, dessen Ballett nach dem hier angekündigt wird, am Dirigenment erachtet, verdient besondere Beachtung, für seine Kunstfertigkeit in und um Karlsruhe wichtig wird das Konzert durch die Erkaufung seines Klavierkonzerts in Es-Dur (Op. 81), das seit der sehr erfolgreichen Dresdener Aufführung vor einem Jahr die Runde durch viele deutsche und außerdeutsche Konzertsäle gemacht hat. Das viersättrige Werk von großem Umfange und starker konzentrierter Gestaltungskraft - übrigens die erste größere sinfonische Arbeit Wagner's - wird Walter Gieseking (Berlin) spielen, den man als einen der größten unter den neuzeitlichen Pianisten anzusehen hat. Der übrige Programmteil gehört den Romantikern, von denen Wagner bekanntlich die sog. „Sinfonische Sinfonie“, in der ein halb bildliches, halb literarisches Bild rhapsodisch lebendig, gerade von Wagner, der sich mit liebevoller Einbringtlichkeit für eine Behandlung der Sinfonischen Dichtung einsetzt, diese selten aufgeführte Sinfonie zu hören, sollte ebenfalls für alle musikalischen Schichten der Bevölkerung willkommenen Anlaß sein, das in jeder Beziehung bedeutende Konzert zu besuchen. Den Beschluß bildet die „Oberon-Ouverture“ von Weber.

Der Totentanz 1921. Zur heutigen Aufführung des Werks sind bei den Vorverkaufsstellen nur noch einige wenige Karten zu erhalten. An der Abendkasse werden voraussichtlich nur noch unnumerierte Karten zur Ausgabe kommen. - Die Aufführung beginnt um 7 1/2 Uhr. Das Werk spielt ohne Pause durch. Zutreffendende müssen daher unbedingt abwesend werden. Für die in der Aufführung verwendeten Chöre und die von Professor Schmid geleitete Singschule haben sich in dankenswerter Weise der Sängerkreis St. Elisabeth (Leitung: Chorleiter Eichenhart) und ein kleines Orchester von Musikfreunden zur Verfügung gestellt.

Friedrich Hebbel in seinen Dichtungen wird am Sonntag nachmittags 5 Uhr im Prinz-Max-Palais (Landesparlament) durch Ulrich von der Trenz und Urici zu Gehör kommen. Die Folge der vorgetragenen Dichtungen ist so ausgewählt, daß im Zusammenhang ein Lebens- und Weltbild des großen Dichters-philosophen entsteht und eindringlich wird. Der intime Saal im Prinz-Max-Palais, der dabei zum erstenmal einer öffentlichen Vorlesung dient, dürfte den Reiz der Dichtungen erhöhen. Karten bei Kurt Neufeld.

Stadtschul-Ausgabe. Todesfälle. 27. Nov.: Rosa Helina, Hauswirtschafterin, 54 Jahre. - 28. Nov.: Rich. Vels, Modellzeichner, 88 Jahre. - 29. Nov.: Walter, alt 2 Monate 2 Tage, Vater Karl Vels, Maschinenarbeiter.

Sport-Spiel Fußball. Beierheim und Franconia treffen sich am nächsten Sonntag nachmittags 1/2 Uhr auf dem Sportplatz hinter dem Hauptbahnhof zum süßen Spiel. Franconia nimmt bekanntlich mit einem Punkt Vorzug die Spitze der Tabelle ein und wird wohl alles daran setzen, diesen Platz auch weiterhin zu behalten. Dem Spiel geht ein Verbandsspiel der Spielkreise beider Vereine voraus.

Tagesanzeiger Freitag, den 30. November 1923. Bad. Landesballett: Der Barbier von Sevilla, abends 7 bis 9 1/2 Uhr. Städt. Konzerthaus: Badische Sinfoniker mit Auto und Kamera zwischen artistischem Großspiel, abends 8 Uhr. Städt. Festhalle: Der Totentanz, abends 7 1/2 bis gegen 10 Uhr. Colosseum: Variete, abends 7 1/2 Uhr.

Devisennotierungen: w. Berlin, 29. November. MM = Millionen Mark; TM = Tausend Mark die Einheit.

Table with columns for location (Amsterdam, Buenos Aires, etc.), gold and silver prices, and exchange rates for various currencies.

Zuteilung: Amsterdam-Rotterdam 1%, Buenos-Aires 1%, Brüssel-Antwerpen 1%, Christiania 1%, Kopenag 1%, Stockholm 1%, Helsingfors 1%, Italien 1%, London 1%, New-York 1%, Paris 1%, Schweiz 1%, Spanien 1%, Lissabon 1%, Japan 1%, Rio de Janeiro 1%, Prag 1%, Jugoslawien 1%, Budapest 1%, Sofia 1%.

Unverbindlicher Markkurs in Zürich und Amsterdam. Zürich 65 Cts. für 1 Bill. 66 Cts. für 1 Bill. Amsterdam 30 Cts. für 1 Bill. 31 Cts. für 1 Bill.

Pariser Börse. s. Paris, 29. Nov. Es wurden heute bezahlt für: 1 engl. Pfund 80.75 Fr.

Unnotierte Werte. Mitgeteilt von Baer & Elen d., Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26. Alles circa in Billionen Mark für nom. 1000.- oder je Stück.

Table listing various financial instruments and their values, including Adler-Kaffee, Pax-Industrie, and other commodities.

Adler-Kaffee 120, Pax-Industrie 0.9, Bad. Lokomotivwerk 5, Bad. Kohle 160, Rodat Waggon 40, Becker Kohle 160, Schuyag 100, Benz 65, Sichel 100, Brown Boveri 30, Sioman 1.3, Contin. Holzverwertung 1.3, Deutsche Lastauto 30, Teichbräuer 18, Deutsche Petroleum 20, Textil Motoren 7, Germania Linoleum 320, Turbo-Motoren 35, Grindler Zig renn 8, Ufa 35, Großkraftw. Würtemb. 6, Zuckerwaren Speck 8, Hansa Lloyd 48, Wertbehaltenes Anlage 5%, Bad. Kohlenw.-Anl. 50%, Masch. Kohlenw. 50%, Inag 40, Maub. Kohlenw. 40, Interkraftwerke 70, Kabei Rhevort 380, 7%, Sächsisches Braun-Kammerkrosch. 0.5, Kohlen-Anl. Donau, Karstadt 10, 5%, Rhein-Main-Donau, Knorr 70, Dollar-Anleihe 6, Krugershall 150, 5%, Neukarwerke Gold-Anleihe 6, Landwirtschafsstelle für das Badische Handwerk 2, 5%, Preussische Kali- 50%, Anleihe pro 100 kg 50%, Sächsisches Roggen- 10%, weier-Anleihe d. Ztr. 13, 5%, Städt. Postwertbank-Obligationen 45.

# Wirtschafts- und Handelszeitung

## Die Goldmark

am 29. Nov. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert,

1 002 500 000 000 Papiermark.

Goldanleihe (1 Dollar) 4200 Milliarden  
Keine Umsätze.

Dollarschatzanweisungen — Milliarden.

## Tagung des Deutschen Einzelhandels.

Unter Beteiligung von über 600 Vertretern des deutschen Kleinhandels aus allen Teilen des Reiches, auch aus den besetzten Gebieten, trat in Gotha der Reichsverband des deutschen Einzelhandels zu einer außerordentlichen Tagung zwecks Stellungnahme gegen die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen, die Bedingungen der Lieferanten, Fabrikanten und Banken zusammen. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Thüringer Einzelhandelsverbandes Großkaufmann Felmann-Gotha nahm als erster Redner Reichstagsabg. Venthien-Hannover das Wort. Der deutsche Einzelhandel, so führte er aus, gehöre nicht zu den Berufs- und Volksschichten, die dauernd mit Neben nach außen hinzuwirken verüben. Aber in einer der tiefsten Notzeiten des Volkes müsse auch er endlich einmal seine Stimme erheben und das schaffende deutsche Einzelhandelsleben zusammenfassen, um seine machtvolle einheitliche Organisation zu stärken, die dafür Sorge, daß der deutsche Einzelhandel in diesen schwierigen Augenblicken des deutschen Volkstums nicht zugrunde gehe. Dadurch, daß der Einzelhandel in das Ruhrgebiet und so außerordentlich schwer traf, entstand ganz von selbst das entsetzliche Bild der wachsenden Arbeitslosigkeit, und es fehlt uns infolge einer verkehrten Politik jener gefundene mittelständische Handels- und Gewerbetrieb, der auch dem besiegten Volke die Möglichkeit des Wiederaufbaus bietet. So laufen denn die notwendigen Massen den Schlagworten von politischen Führern nach, die niemals in die inneren Vorgänge des deutschen Wirtschaftslebens eingedrungen sind und die, statt über den Massen zu stehen und wahrhaft ihre Führer zu sein, heute den Massen nachlaufen und damit zu Sklaven der öffentlichen Meinung geworden sind. Dadurch wird es ganz unmöglich, eine durchgreifende Besserung unserer Lage herbeizuführen, es sei denn, daß endlich neben dem ehernen Ritt der Massenbewegung auch der Schritt des deutschen Mittelstandes gekehrt wird. Zahlreich sind die Klagen vor allem des deutschen Einzelhandels über die Hindernisse und Wirren auf dem Gebiet der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über den Wucher. Wir finden nicht, daß der Wucher richtig verfolgt, gefast und bestraft wird. Die Exekutive mag oder verzieht es nicht, richtig zuzugreifen. Der Redner erörterte dann die Schwierigkeiten des Geldmarktes, bedauerte, daß man nicht von allem Anfang an die Devisen allgemein als Zahlungsmittel freigegeben habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Rentenmark wertbefähigt werden werde, wenn Handel und Gewerbe das unbedingt nötige Vertrauen entgegenbrächten und die Mehrarbeit endlich komme. Ein wahres Elend sei ferner die Art und Weise, wie die Banken sich dem Wirtschaftsleben gegenüber verhielten. Trotz der Unwirtschaftlichkeit des deutschen Handels und Gewerbes in der heutigen Zeit besaße man es immer weiter mit Steuern und Abgaben und habe auf dem Gebiet dieser Beziehung vollstes Vertrauen in die Unverwundlichkeit der deutschen Wirtschaft. Vor allem sei die Zentralisierung des Steuerwesens ein schwerer Fehler gewesen, denn dadurch habe man wichtige Quellen des deutschen Steuerwesens verstopft. Ganz falsch wäre jedoch der Versuch, durch Drofflung der Wirtschaft den Massen helfen zu wollen, denn dadurch würde die bestehende Erregung nur noch gesteigert werden.

An zweiter Stelle sprach Rechtsanwalt Dr. Wasser-München über die Lage des Einzelhandels unter Bezugnahme auf nachstehende, von ihm der Versammlung vorgelegte Entschlüsse:

Der deutsche Einzelhandel verlangt gemäß der Reichsverfassung eine klare, einheitliche, für das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet einheitlich durchgeführte gesetzgeberische Regelung seiner Belange und entsprechende Handhabung in Reichs- und Landesgesetzgebung, da er sonst nicht in der Lage ist, seine volkswirtschaftliche Aufgabe, die ausreichende wirtschaftliche Versorgung der Verbraucher, in befriedigender Weise zu erfüllen.

Er lehnt es ab, noch länger das Objekt einer Ausnahmebestimmung zu bilden, wenn er sich auch keineswegs der Tatsache verschließt, daß das wirkliche Wucher- und Schiebertum, im Interesse des Volksganzen rückblicklos bekämpft werden muß. Demgemäß fordert er im einzelnen:

1. Der Fortschritt der neuen Preisstreibereisebestimmung, die Befreiung des Begriffs der normalen Marktlage von seiner fortwährenden Verwendung mit den Folgerichtigkeiten der Geldentwertung muß nachdrücklich betont und in der Praxis weitergeführt werden. Einem Versuch der Gerichte und Verwaltungsbehörden wieder in die alten Irrlehren zurückzufallen (Annahme einer Notmarktlage bei ausreichender Versorgung des Marktes) lediglich im Hinblick auf durch Geldentwertung verursachte hohe Preise) muß, falls er sich neuerdings wieder herausstellen sollte, mit den Mitteln der Gesetzgebung entgegengetrieben werden.

2. Die Preisstreibereisebestimmung des Reiches muß in einheitlicher und erschöpfender Weise für das ganze Reichsbereich geregelt werden, die es ausschließt, daß die jeweiligen politischen Machthaber (wie zuerst in Thüringen und Bayern) mittels „Ausführungsverordnungen“ und ähnlichen „Auslegungen“, entscheidende Veränderungen an den Vorschriften vornehmen und so den Handel ihrer Länder an der Erfüllung seiner volkswirtschaftlichen Funktionen hindern. Dies liegt auch im wohlverstandenen Interesse der Verbraucher, die sonst nicht auf eine ausreichende und ununterbrochene Versorgung mit den Gegenständen des

alltäglichen Bedarfs (Nahrung, Bekleidung usw.) rechnen können.

3. Der derzeitige Zustand der Reichsgesetzgebung, der den Handel zwingt, Papiermark anzunehmen, deren Wert infolge fälliger Befristung der Kurse nicht den nominalen Beträgen entspricht, während ein großer Teil seiner Lieferanten (es sei es auf Grund von Ausnahmeverordnungen, sei es infolge der Annahme von Papiermark verweigert, gefährdet insbesondere in den Ländern, in denen die betreffenden Vorschriften nicht durchgeführt werden, die Volkswirtschaft und legt den Einzelhandel, wenn er nicht mit lebenden Augen seine Vernichtung herbeiführen will, der Gefahr einer — allerdings ungerichteten — Verhaftung aus.

Hierin muß eine Änderung eintreten. Die Industrie muß durch Änderung der geltenden Vorschriften in die Lage versetzt werden, ihren Widerstand gegen die Annahme von Papiermark aufzugeben. An Stelle eines unüberwindlichen Verbotes der Forderung von Zahlung in wertbefähigten Zahlungsmitteln muß ein durchführbares Verbot der Forderung des ganzen Kaufpreises in solchen treten. Soweit die Industrie gezwungen werden kann, Zahlung in Papiermark anzunehmen (nämlich zwei Drittel), muß ihr dies durch Befehl der Reichsregierung (mit Zustimmung des Reichstages) durch Einhebung entsprechender Sondersteuern für die sonst unvermeidlichen Verluste infolge Geldentwertung ermäßigt werden.

4. Wenn auch dem Einzelhandel mit Rücksicht auf die Verbraucher vorläufig nicht gestattet werden kann, auf der Beschaffung in wertbefähigten Zahlungsmitteln zu bestehen, so darf ihm jedoch nicht ohne jede gesetzliche Grundlage von den Machthabern einzelner Länder verboten werden, durch Ermäßigung des in Papiermark zahlbaren Kaufpreises bei wertbefähigter Zahlung einen Anreiz auf die Befreiung von Devisen, Dollarscheinen, Rentenmark usw. auszuüben, diese Zahlungsmittel der unbedingt notwendigen Zirkulation auszuführen, um die sonst unvermeidliche Panikerei zu bekämpfen.

Die entgegenkommende Handhabung des Bremischen Senats, der dem Einzelhandel gestattet, bei Zahlung in wertbefähigter Weise Rabatte zu gewähren, empfiehlt sich zur Nachahmung im ganzen übrigen Reich, wobei jedoch ausdrücklich betont werden soll, daß die Zulässigkeit und Höhe solcher Rabatte letzten Endes stets davon abhängen muß, wie groß die Geldentwertungsrisiken sind, die der Einzelhandel bei Annahme von Papiermark jeweils läuft und in welcher Weise sie nicht etwa schon früher im Grundpreis berücksichtigt worden sind. Eine doppelte oder mehrfache Berücksichtigung der Geldentwertung wird von dem vollen Handel nicht nur nicht gefordert, sondern sogar auf das Entsetzliche abgelehnt. Die entgegenkommende thüringische und bayerische Gesetzgebung auf diesem Gebiet und die damit im Einklang stehende Praxis einzelner Staatsanwaltschaften (Weimarer, Weiminger), die jeder reichsgerichtlichen Grundlage und damit der Gültigkeit entbehrt, muß selbstverständlich fallen.

5. In der gegenwärtigen Zeit, in der jeder Richter (gleichgültig, ob Berufs- oder Laienrichter) in seiner Eigenschaft als Verbraucher unbewußt leicht in einen gefühlsmäßigen Gegensatz zu den wirklichen Interessen des Handels und damit des Volksganzen tritt, erscheint es doppelt verhängnisvoll, die Kaufleute einer gewissenhaften Nachprüfung zu lockern und den vollen Handel vor Ausnahmegerichte (Markt- und Wuchergerichte), die sich verständig als Sondergerichte bezeichnen, zu stellen. Dies schiebt nicht aus, daß sich solche Gerichte (wegen Mangel und Willkür des Verfahrens) zur Unterstellung eignen mögen. Die heute fehlenden Rechtsorgane einer entsprechenden Beweisaufnahme und Gemäßung von Rechtsmitteln müssen wieder hergestellt werden, die Grundsatz des Kaufmanns (Unterwerfung des Handelsbetriebs) darf nicht lediglich in das Vermittlungsverfahren (keine richterliche Nachprüfung) gelegt werden.

6. Da die Handelskammern bisher nicht genügt haben, um die Belange des Einzelhandels in entfernender Weise zu wahren, muß dafür Sorge getragen werden, daß der Einzelhandel in Zukunft eine öffentliche rechtliche Vertretung erhält, die sowohl seiner selbstständigen Bedeutung, als auch der Bedeutung seiner volkswirtschaftlichen Funktionen und seiner Eigenart gerecht wird.

Sundtius Dr. Heyen teilte mit, daß eine Preisprüfstelle die Erhebung eines 33 1/2-prozentigen Aufschlages als Wucher bezeichnet habe und bestrafen wolle. Dr. Wasser-München forderte auf, diesen Erlaß niedriger zu hängen und einfach nicht zu beachten. Darauf wurde die Resolution angenommen.

## Von den Aufgaben der Reichsbank.

W. Berlin, 29. Nov. (Drahtber.) In der heutigen Zentralauskunftung der Reichsbank gab der Vizepräsident v. Gieseler eine programmatische Erklärung über die zukünftigen Aufgaben der Reichsbank ab, aus der unter anderem folgendes mitgeteilt wird:

Mit dem Beginn der Ausgabe der Rentenmark sei eine das Reich keine weiteren Schapanweisungen mehr diskontieren. Daher ist die Entwicklung zum Stillstand gekommen, welche die nahezu völlige Entwertung der Reichsbanknoten verursacht hat. Die Frage der Papiermark ist aber angesichts des jetzt ausgedehnten wertbefähigten Geldes durchaus nicht nebenjächlich. Die Reichsbanknote ist und bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel, und zwar, abgesehen von den nicht ins Gewicht fallenden Reichsbanknoten, das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland. Die ausländischen Devisen werden nach wie vor in Papiermark notiert. Eine weitere Verschlechterung der Papiermark durch eine weitere Inflation infolge der Reichskredite ist beifällig. Durch die Bestimmung der Rentenbankverordnung, wonach das Reich mit Hilfe eines ihm von der Rentenbank zinslos zu gewährenden Darlehens seine bei der Reichsbank aufgenommenen schwebende Schuld abdecken muß, ist die Grundlage für eine Stabilisierung und für einen Wiederaufbau der Papiermark gegeben. An die Stelle der schwebenden Schuld des Reiches tritt hiernach ein greifbares und realisierbares Aktivum. Der für die schwebende Schuld des Reiches der Reichsbank zulehrende Betrag von 200 Millionen Rentenmark dürfte hinreichen, außer dem Notenumlauf auch einen Teil der Giroverpflichtungen der Reichsbank zu begleichen. Praktisch kommt es aber nicht in Betracht, den ganzen Notenumlauf der Reichsbank jetzt im Wege des Umtausches restlos einzuziehen. Wohl aber wird man den Notenumlauf von Woche zu Woche mehr und mehr einengen. Diese Ein-

engung muß dahin führen, die Papiermark in ihrem inneren Werte zu heben. Bisher sind 100 Millionen Rentenmark für die Einziehung der Papiermark an die Reichsbank gelangt. Der Rückstrom der Papiermark an die Reichsbank wird zur gegebenen Zeit durch einen Aufruf älterer Reichsbanknoten verstärkt werden. Natürlich müssen auch die übrigen Quellen der Papiermarkinflation verstopft werden. Aus diesem Grunde wird von der Reichsbank seit dem 22. November im unbesetzten Gebiet das Notgeld nicht mehr angenommen. Für die Reichsbank kommen nur noch eine gesunde Politik entsprechende produktive Kredite in Betracht. Die Kreditgewährung der Reichsbank vollzieht sich in immer steigendem Maße auf wertbefähigter Basis. Die Papiermarkkredite sollen demnach verschwinden. Durch diese Maßnahmen wird die Papiermark allmählich wieder zu Ehren gebracht und gestiftet werden.

Die Reichsbank wird ferner auf der auf Grund der Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes vom 28. Oktober ds. Jrs. geschaffenen Grundlage eine Neugestaltung unserer Währung vorbereiten. Zu diesem Zwecke hat sie bereits einen Dollar-Giroverkehr eingerichtet und sich ermächtigen lassen, kurzfristige, auf Gold lautende unverzinstliche Schuldverpflichtungen auf den Inhaber auszugeben, um mit ihrer Hilfe nötigenfalls in dem Goldmarkt regulierend einzugreifen. Ferner ist sie zur Emission auf Goldmark lautender Banknoten ermächtigt, um so der deutschen Banknote wieder internationale Geltung zu verschaffen. Durch ihren Goldvorrat wird die Reichsbank in diesen Bestrebungen wirksam unterstützt.

## Das Programm Schacht's.

Reichswährungskommissar Hjalmar Schacht macht uns u. a. folgende Mitteilungen:

Die Einführung der Rentenmark mußte mit dem 15. November beginnen, weil mit demselben Augenblick die Kreditinanspruchnahme des Reiches bei der Reichsbank aufzuhören hatte. Um die Rentenmark zu einem möglichst gleichmäßigen Umtausch gegen Papiermark abzugeben, war es erforderlich, den Berliner Dollarkurs in möglichst kurzer Frist der Weltparität näher zu bringen. Die Rentenmarkausgabe erfolgte zur Auszahlung der Röhne und Schiefer mit diesem Zahlungsmittel, um sie den Konsumgütern und den Kreisläufen des Ernährungsmittelhandels, sowie den inländischen Genossenschaften für den Getreideanbau zuzuführen. Der Druck der Rentenmark soll im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein. In zwei bis drei Wochen wird ein für die Bewältigung des Zahlungsmittelverkehrs ausreichender Betrag von Rentenmark in den Verkehr gebracht sein. Im gleichen Tempo wird sich der Betrag des Notenumlaufes und der Girogelder der Reichsbank vermindern. Da zur Zeit der Kreditweg noch offen steht, kann die Rentenmark seitens der Wirtschaft nur gegen Einabe von Papiergeld oder Giroguthaben erworben werden. Mit dem Eindringen der Rentenmark in den Verkehr ergibt sich eine Papiermarkknappheit, die der bisherigen fortgesetzten Papiermarkentwertung mit Sicherheit entgegenwirken muß. Die Reichsbank wird jede neue Papiermarkinflation zu verhüten suchen. Gewisse Gefahren drohen in dieser Beziehung von dem Notgeld. Soweit dieses Notgeld mit Deutung durch entsprechende Markguthaben ausgegeben ist, wird die Umtauschung dieser Markguthaben in Reichsbanknoten und der damit erfolgende Umtausch des Notgeldes keine neue Inflation bedeuten. Die Reichsbank kann aber unmöglich die Einlösung der Gutschriften von ungedecktem Notgeld vornehmen. Die zunehmende Verknappung der Reichsbanknote auf dem Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Hierüber werden die nächsten Tage schon einige Arbeit bringen. In jedem Fall wird ein gewisses Gefühl der Beruhigung Platz greifen darüber, daß die Währungsreform einen stetigen und klar gezeichneten Weg geht. Ob und in welcher Weise die Reichsbank in einem gegebenen Zeitpunkt zu einem anderen Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung weiter fortgeschritten sein wird. Gegenwärtig liegt keine Veranlassung vor, den Charakter der Reichsbank als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern, während gleichzeitig die Rentenmark mit ihrer starken goldinhaltsreichen Fundierung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel für die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung erlangen wird. Inzwischen werden die Bemühungen um die Errichtung der Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldkrediten fortgesetzt.

## Frankfurter Börse.

Tendenz: schwach.

Frankfurt a. M., 29. Nov. (Drahtmeldung aus Frankfurt Handelskorr.) Die Mark wird neuerdings aus Newyork schwächer gemeldet. Dagegen ist die Devisen Paris wieder etwas niedriger. Auch das Pfund wiegt etwas schwächer gegenüber dem Dollar. Pfunde sind gegen die Devisen Paris 81—81 1/2 notiert.

Die inländische Geldmarktlage zeigt keinerlei Veränderung. Da bleibt das Geld sehr flüssig. Das Effektengeschäft blieb heute auf den Telefonverkehr beschränkt. Bei der andauernden Zurückhaltung konnten sich Umsätze nicht entwickeln. Die Stimmung war schwach, die Nachfrage gering. Die noch immer einer Lösung harrende Kabinettskrise ist nicht geeignet, die Kausluf anzuregen, und die Spekulation hält sehr zurück. Mit Ausnahme von chemischen Papieren, die eine geringe Erhöhung aufweisen, liegen alle Märkte still. Man hörte von Büro zu

Büro folgende Kurse: Mannheimer Oelfabriken 15, Süddeutsche Drahtindustrie 20, Nordd. Lloyd 13, Spinnerei Eitlingen 30—40, Zuckerf. Rheingau 8, Krämer Oelfabriken 25. Auch für Montanwerte wurden einige Kurse genannt. Maschinen- und Metallindustrieaktien waren zu niedrigen Kursen genannt. Kali Aschersleben 15—16. Angebot bestand weiter für Oberhessische Bauindustrie Freiburg, Eisenwerke Kaiserslautern und Thüringer Lieferungs-Gesellschaft.

Im Freiverkehr gingen um: Metallwerke Rheydt zu 25—30, Becker-Kohle und Stahl je 16, Deutsch-Petroleum 19—20. Die Börse schloß unerholt.

## Berliner Börse.

Andauernd Zurückhaltung.

Berlin, 29. Nov. (Drahtmeldung aus Berliner Handelskorr.) Auch am heutigen Börsenruhetag waren die Umsätze infolge der andauernden Zurückhaltung gering. Selbst die Flüssigkeit des Geldmarktes, die auch für den glatten Verlauf der Ultimogelung festgestellt ist, brachte keinerlei Anregung. Die innerpolitische Situation hat nach wie vor einen starken Druck aus und bildet ein Hemmnis des Auflebens der Kausluf, Die Lage drückt sich in einem weiteren Abwärtens aus.

Da im Devisenverkehr auch heute keine Änderung eingetreten ist (bei einer Zuteilung von 1 Prozent wurden in der Hauptsache wieder die gestrigen Kurse notiert), so blieb die Börse ohne jegliche Anregung, denn Rückkäufe, die auf dem ermäßigten Kursniveau erfolgen könnten, bleiben zumeist aus. Die Tendenz ist jedoch im allgemeinen als etwas besser zu bezeichnen, da man vorwiegend Goldkurse hörte.

Heute fand ein offizieller Verkehr auch in festverzinslichen Werten statt, doch waren die Umsätze geringfügig, doch lebhafter als auf den anderen Märkten. Die meisten Papiere des Rentenmarktes konnten wieder nicht notiert werden.

## Mannheimer Produktenbörse.

(Eigener Bericht.)

K. Mannheim, 29. Nov. Der Geschäftsverkehr leidet noch immer unter der Schwierigkeit der Beschaffung von wertbeständigem Gelde. Die Lage ist im allgemeinen unverändert, und es kamen nur wenig Geschäfte zum Abschluß. Man verlangte für Weizen 25—26, für Roggen 23—24, für Gerste 21—22, für Hafer 19—20 Goldmark per 100 kg, bahrfrei Mannheim. Auch Futtermittel haben im Preise nur ganz geringe Veränderungen aufzuweisen. Mehl ist ebenfalls ziemlich unverändert. Weizenmehl, Basis 0, wird zu 35—36 und Roggenmehl zu 31—32 Goldmark, die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen, offeriert.

Amliche Notierungen: Weizen, loco 24.5, Roggen, loco 22.5, 22.75, Braugerste 22.5—23.75, Hafer 21 bis 22.5, Wiesenheu, lose 7.5—8, Preßstroh 6—6.4, Weizenmehl 37.8, Roggenmehl 35.7, Rohmelasse 8.5. Alles in 100 kg. Tendenz: fest.

## Berliner Produktenbörse.

w. Berlin, 29. Nov. Am Getreidemarkt war die Tendenz bei belanglosen Umsätzen recht lustlos. Durch die reichliche Belieferung mit Rentenmark hat die bisherige, im Westen vorherrschende stärkere Nachfrage nachgelassen. Das Angebot vom Inland hat sich etwas vergrößert. Für Roggen bestand Nachfrage seitens der Mühlen. Für Gerste zeigte sich außerdem im Westen stärkere Nachfrage, wogegen Hafer matt liegt. In den übrigen Artikeln waren die Umsätze unbedeutend.

Amliche Notierungen: (Preise in Goldmark für 10 Doppelzentner Getreide oder 1 Doppelzentner Mehl)

Märkischer Weizen 192—195, Tendenz stetig. Märkischer Roggen 173—176, Tendenz stetig. Sommergerste 196—203, Tendenz fest. Märkischer Hafer 164—167, Pommerscher Hafer 160—163, Tendenz stetig. Weizenmehl 33—35 1/2, Tendenz fest. Roggenmehl 33—35, Tendenz stetig. Weizenkleie 7.80—8, Tendenz stetig. Roggenkleie 7.60—7.80, Tendenz stetig. Victoriaerbsen 45—55, kleine Speiseerbsen 33—36, Pelusken 17—19, Rapskuchen 20—23, Trockenschrot 13.

Nichtamtliche Rohfutternotierungen an Station für 50 Kilogramm in Goldmark: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0.80 bis 1.—, Haferstroh, drahtgepreßt 0.70—0.90, gebündeltes Roggenlangstroh 1.60—1.80, Heu, gutes 1.30 bis 1.40.

## Eine zehn Millionen Goldmarkanleihe Bayerns.

München, 29. Nov. Die bayerische Staatsregierung brachte im Landtag eine Vorlage ein, worin um die Ermächtigung ersucht wird, zur Sicherstellung der Ernährung sowie zur Förderung der Notstandsmaßnahmen produktiver Art eine Anleihe bis zum Betrage von zehn Millionen Goldmark aufzunehmen, oder bis zu diesem Betrage Bürgschaften zu leisten.

## Die Volksbank in Engen, die bereits über 50 Jahre besteht, wird jetzt mit der Badischen Landwirtschaftsbank in Karlsruhe, die ein ausgedehntes Filialnetz aufweist, verschmolzen. Der Antrag über die Verschmelzung ist am 25. von der in Engen tagenden Generalversammlung angenommen worden.

w. Mannheim, 29. Nov. Dem heutigen Kleinviehmarkt waren zugefahren: 6 Kälber, 18 Schweine, 322 Ferkel und Läufer. Kälber und Schweine wurden keine Preise notiert, Marktverlauf mittelmäßig, geräumt. Für Ferkel und Läufer wurden 7—30 Goldmark per Stück bezahlt, Marktverlauf ruhig.

Hamburger Altmetallmarkt vom 29. Nov. Kupfer 55—59, Rotguld 46—49, Messing, leicht 32.10—34, Messingspäne 31—33.10, Messingguß 35—40, Blei 21.15—23.10, Zink 22.10—24.10.

Die französische Zolldirektion in Koblenz läßt durch Havas bekanntgeben, daß sie in den besetzten Gebieten zurzeit Waren aller Art, die von der Zollverwaltung beschlagnahmt worden sind, zum Teil öffentlich versteigert, zum Teil veräußert.